

metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg

www.bw.igm.de

Nr. 1 / 16. Februar 2011



Umfrageergebnis
Die IG Metall hat über 900
Betriebe im Land befragt
Seite 2 und 3



Tarifpolitik
IG Metall will Beschäftigungs-
sicherung verlängern
Seite 3

Die IG Metall fordert »ARBEIT - SICHER UND FAIR!«

Prekär ist nicht fair!

Prekäre Beschäftigung ist weiter ungebremsst auf dem Vormarsch. Die Zahl der Leiharbeiter hat sich seit 2003 mehr als verdreifacht, auf rund eine Million Menschen. Neben Leiharbeit setzen immer mehr Unternehmen auf den Einsatz von Werkverträgen. 73 Prozent der Betriebe im Land nutzen diese Möglichkeit, sich oft billige Arbeitskräfte ins Haus zu holen, ohne selbst Personalverantwortung übernehmen zu müssen. Und wenn ein Unternehmen direkt einstellt, dann nur befristet. Auch für Azubis wird die Übernahme nach der Ausbildung immer mehr zur Ausnahme. So werden Belegschaften gespalten und Lohndumping gefördert.

In der Krise wurden in der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie rund 70.000 Arbeitsplätze abgebaut. Obwohl die Aufträge das Niveau vor der Krise erreicht haben, sind seither gerade 12.000 Arbeitsplätze neu entstanden - mindestens die Hälfte davon befristet. IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann: »Wir haben die groteske Situation,

dass der Aufschwung ein Mehr an Unsicherheit in der Lebensplanung von tausenden von Beschäftigten bedeutet, die in prekäre Beschäftigung abgedrängt werden. Das ist völlig untragbar.«

Es droht eine »Generation prekär«

Dabei spiele auch die Übernahme von Auszubildenden nach der Ausbildung eine entscheidende Rolle. Hofmann: »Die als Ausnahme gedachte befristete Übernahme nach der Ausbildung ist zur Regel geworden. Damit rauben wir jungen Menschen die Zukunft. Das muss sich ändern.«

Arbeitgeber stehlen sich aus der Verantwortung

Hofmann: »Wir akzeptieren nicht, dass die Arbeitgeber sich aus ihrer Verantwortung

stehlen. Der bestehende Personalbedarf muss mit Festanstellungen bewältigt werden. Hierfür haben die Tarifvertragsparteien der Metall- und Elektroindustrie den notwendigen Flexibilitätsrahmen geschaffen.«

Deshalb am 24. Februar Flagge zeigen, beim Aktionstag der IG Metall gegen prekäre Beschäftigung!



GLEICHE ARBEIT?
GLEICHES GELD!

Aktionstag
24. Februar



Umfrageergebnis vorgestellt

Fair geht anders

Der Aufschwung kommt nur in kleinem Umfang in sicheren und fairen Jobs an. Das ergibt eine aktuelle Umfrage der IG Metall in mehr als 900 Betrieben in Baden-Württemberg.

Demnach **stellt über die Hälfte der Betriebe überwiegend befristet** ein, während lediglich ein Viertel der Betriebe überwiegend unbefristet einstellt.

Noch dramatischer ist die Situation für Auszubildende: Drei-viertel der Betriebe gibt an, ihre Auszubildenden **am Ende der Ausbildung überwiegend nur befristet zu übernehmen**.

Rund ein Viertel der befragten Betriebe stellt eine **Zunahme von Leiharbeit** während der letzten drei Monate fest, während nur 20 Prozent angeben, keine Leiharbeit im Haus zu haben. Unter den Betrieben mit Leiharbeit ist der Anteil der Leiharbeiter im Betrieb teilweise über 40 Prozent im Verhältnis zur Stammebelegschaft.

In 73 Prozent der befragten Betriebe kommen Werkverträge zum Einsatz und 53 Prozent der befragten Betriebe sagen, durch den Einsatz von Werkverträgen seien Stammarbeitsplätze ersetzt worden.

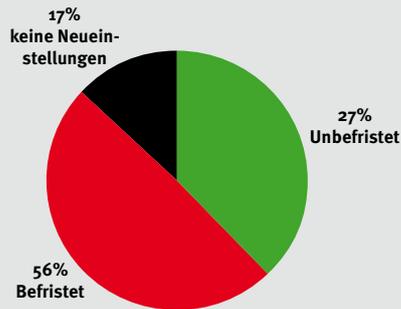
Auch die These der IG Metall wird durch die Umfrage klar bestätigt, wonach die Betriebe statt Investitionen und ein Mehr an Beschäftigung vorrangig auf Leistungsverdichtung und Ausweitung der Arbeitszeiten setzen, um die Renditemargen der Vorkrisenzeit möglichst schnell zu erreichen.

Bei 68 Prozent der Betriebe treten akute Probleme mit Leistungsvorgaben und Personalbesetzung auf, wie die Umfrage ergab. Davon betroffen sind vorwiegend die Fertigungsbereiche und Montagen. Aber auch in mehr als 50 Prozent der Verwaltungsbereiche und in über einem Drittel der Entwicklungsbereiche gibt es wachsende Probleme mit Leistungsvorgaben.

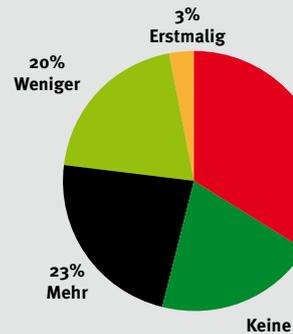
Im Zusammenhang mit den wachsenden Leistungsvorgaben ist laut Umfrage **in fast 40 Prozent der Betriebe eine Ausweitung der Schichtarbeit** festzustellen. Festzustellen ist vor allem, dass mehr Beschäftigte als bisher in 3-Schicht-Modellen arbeiten.

Zudem **verfällt regelmäßig geleistete Arbeitszeit** in mehr als einem Drittel der befragten Betriebe.

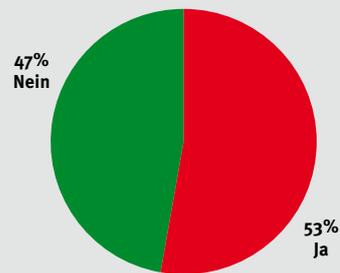
Neueinstellungen erfolgen überwiegend:
(Anzahl der Betriebe)



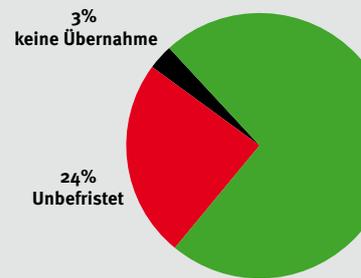
Entwicklung der Leiharbeit in den letzten drei Monaten:
(Anzahl der Betriebe)



Ersetzen Werkverträge Stammarbeitsplätze?
(Anzahl der Betriebe)

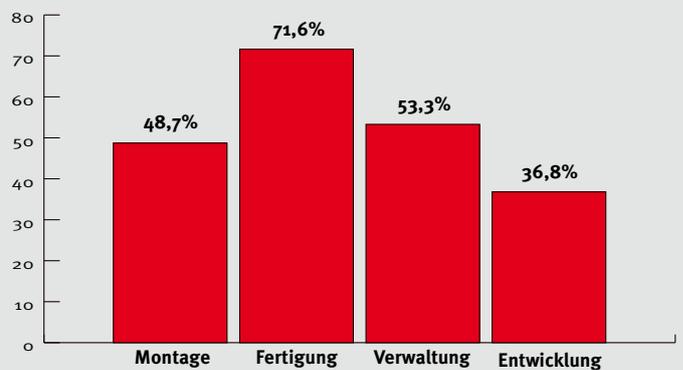


Übernahme der Auszubildenden erfolgt überwiegend:
(Anzahl der Betriebe)

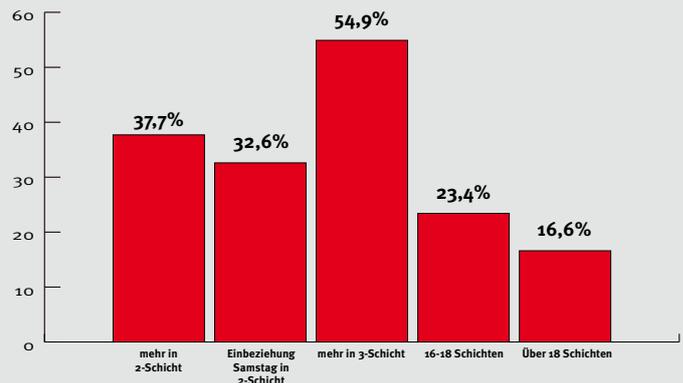


Quelle: (gültig für alle Grafiken auf dieser Doppelseite): Betriebsrätebefragung der IG

Wo gibt es wachsende Probleme mit Leistungsvorgaben?



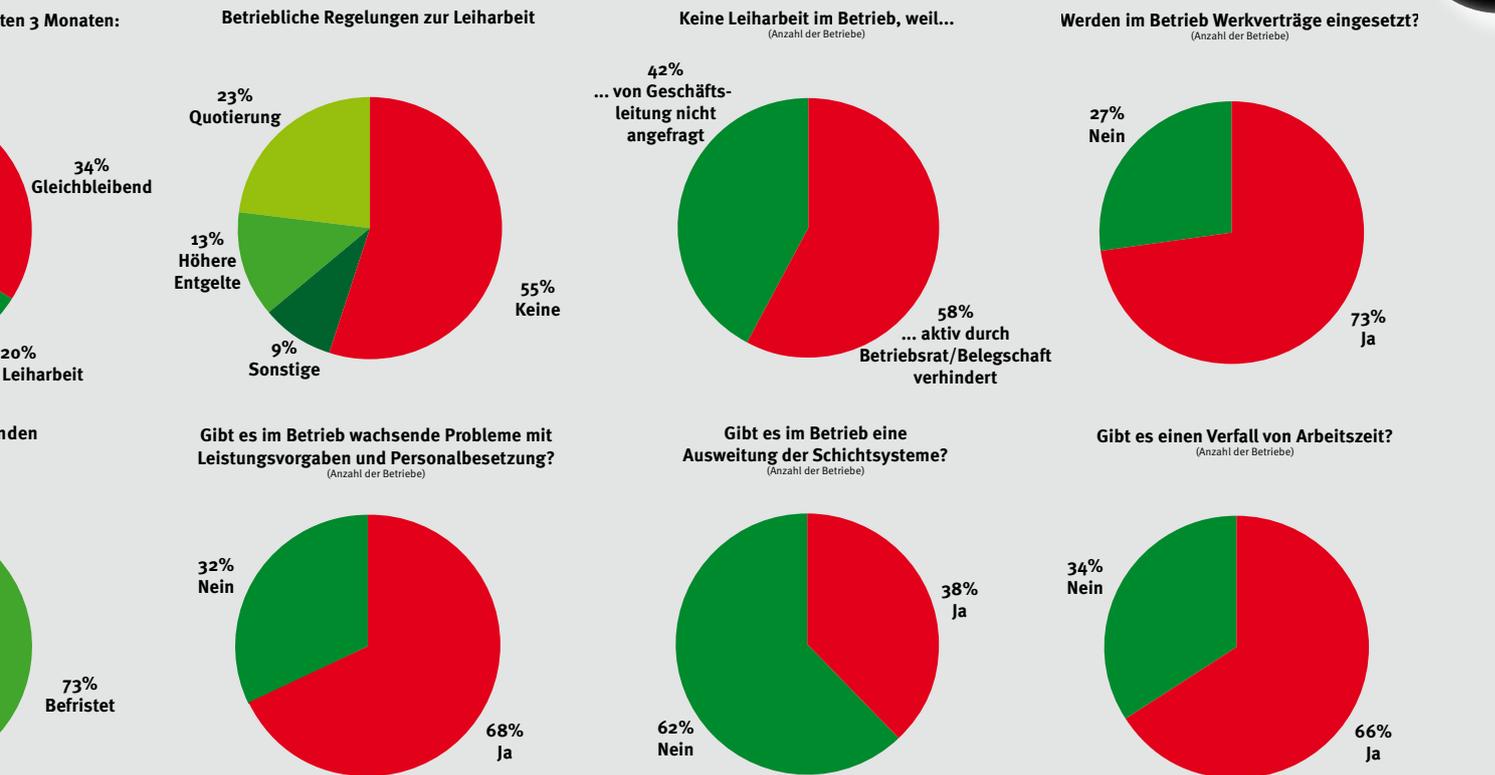
Wo gibt es eine Ausweitung der Schichtsysteme?



Was sind Werkverträge?

Bei Werkverträgen werden betriebliche Aufgaben ausgegliedert. Aufträge werden an einen Unternehmer vergeben, der mit seinen eigenen Beschäftigten - oder inzwischen auch häufig mit Leiharbeitern - Aufgaben im Betrieb übernimmt. Meist zu deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen. Die Zahl der Werkverträge wächst beständig. In einzelnen Unternehmen beträgt sie bis zu 30 Prozent.

Da die Betriebsräte aber bislang noch nicht einmal über ein Informationsrecht verfügen, müssen sie die Zahl der Menschen schätzen, die Tag für Tag neben den Stammebelegschaften auf den Werksgeländen arbeiten - oft mit längeren Arbeitszeiten und für weniger Geld.



Metall, Januar 2011, in über 900 Betrieben in Baden-Württemberg. Eigene Auswertung und Darstellung.

Große Tariff Kommission gibt grünes Licht: IG Metall fordert Südwestmetall zu Gesprächen auf / Stimmen aus der Tariff Kommission

Beschäftigungssicherung fortsetzen

Die IG Metall Baden-Württemberg will die Regelungen zur Beschäftigungssicherung und Qualifizierung fortführen. Den Weg für die dafür notwendigen Gespräche mit Südwestmetall hat die Große Tariffkommission auf ihrer Sitzung (10.2.) in Leinfelden-Echterdingen freigegeben.

Der im Februar 2009 erstmals geschlossene Tarifvertrag »Kurzarbeit, Qualifizierung und Beschäftigung« endet im Sommer 2012 ansonsten ohne Nachwirkung.

IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann: »Wir haben ein Interesse daran, diese Regelungen fortzuführen, da sie sich in einer Zeit der größten Belastung als extrem hilfreich gezeigt haben. Wir müssen uns deshalb frühzeitig über Nachfolgeregelungen den Kopf zerbrechen. Deshalb fordern wir Südwestmetall auch zu Gesprächen auf.«



Uwe Hück
Gesamtbetriebsratsvorsitzender Porsche, Stuttgart

»Ja, wir kämpfen für die Würde der jungen Menschen und die der Leiharbeiter. Würde bedeutet: eine sichere und faire, eine unbefristete Arbeit. Solidarität heißt, dass die Starken den Schwachen helfen. Am 24. Februar werden wir rausgehen, um gegen prekäre Arbeit zu protestieren, da gibt es bei Porsche überhaupt keine Diskussion.«



Yunus Sari
JAV-Vorsitzender Daimler AG, Untertürkheim

»Für die Jugend ist der 24. Februar ein bedeutsamer Tag. Die Jugend ist für die Fortführung des Tarifvertrags Kurzarbeit, Qualifizierung, Beschäftigung (KQB). Damit wird Weiterqualifizierung nach der Ausbildung ermöglicht und der Übernahmeanspruch nach Tarifvertrag für zwölf Monate bleibt für bis zu fünf Jahre bestehen.«



Roland Schuster
Betriebsrat Bombardier, Mannheim

»Die Politik entfernt sich vom solidarischen Sozialstaat hin zum neoliberalen Modell. Wir müssen gegen diese soziale Schiefelage kämpfen, für eine Kursänderung in der Politik. Das können wir nur zusammen mit Beschäftigten und Gewerkschaften erreichen. Der Aktionstag am 24. Februar ist dafür ein guter Anfang.«

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



»Arbeit muss sicher und fair sein. Das heißt: feste und unbefristete Jobs statt Leiharbeit, Werkverträgen und Befristungen. Dafür machen wir uns beim Aktionstag am 24. Februar stark. Der Aufschwung muss bei den Menschen ankommen.«

*IG Metall-Bezirksleiter
Jörg Hofmann*

ARBEIT - SICHER UND FAIR!

Aktionstag gegen prekäre Beschäftigung am 24. Februar

Der Aufschwung sorgt für neue Jobs, aber die sind nur selten sicher. Der unbefristete Arbeitsvertrag zu den Bedingungen unserer Tarifverträge ist die Ausnahme. Stattdessen setzen die Arbeitgeber immer öfter auf Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen. Auszubildende werden oft gar nicht oder nur befristet übernommen. Dagegen wehren wir uns und fordern: »Arbeit - sicher und fair!«

Vor allem die junge Generation ist betroffen. Bei Dreiviertel aller Übernahmen nach der Ausbildung gibt es nur einen befristeten Vertrag. Nach der Ausbildung droht immer öfter Leiharbeit. Auf ein Studium folgen oft Praktika und Werkverträge. Fair und sicher ist das nicht.

Mehr als sieben Millionen Menschen arbeiten inzwischen im Niedriglohnsektor. Davon etwa eine Million Leiharbeiter, davon fast 100.000 allein in Baden-Württemberg. Niedriglohn bedeutet: Trotz Arbeit ein Lohn, der nicht zum Leben reicht. Der Staat, also wir Steuerzahler, stocken diese Löhne zum Teil durch Hartz IV-Leistungen auf. Die Arbeitgeber sparen und profitieren, die Beschäftigten zahlen.

Prekäre Beschäftigung wird immer mehr zur Personalstrategie. Belegschaften werden gespalten, Tarifverträge unterlaufen, Arbeitnehmerrechte ausgehebelt. Das erhöht den Arbeits- und Leistungsdruck und treibt die Lohnspirale nach unten. Diesen Kreislauf müssen wir stoppen.

Deshalb gibt es am 24. Februar überall in Baden-Württemberg Kundgebungen und Aktionen.

Wir fordern:

- ▶ **Festeinstellungen statt Leiharbeit**
- ▶ **Unbefristete Arbeitsplätze statt Befristungen**
- ▶ **Einstellungen im Betrieb statt Billigarbeit über Werk- und Dienstleistungsverträge**
- ▶ **Übernahme in eine feste Beschäftigung nach der Ausbildung**

Weitere Infos zum Aktionstag unter
www.bw.igm.de
www.igmetall.de
und bei den Verwaltungsstellen.



Mitmachen und dabei sein!